

*für 40-2.139 über 10-1.10.1*

*10*

Schulverwaltung			
1	2	3	AL
-1.1	-1.2	-3.1	
-1.2	-2.2	-3.2	b.R.
-1.3	-2.3	-3.3	z.U.
-2.4		-3.4	b.St.

13. SEP. 2013

Lehrl. beteiligt

*i.U.*

Hausadresse:  
Rathaus, Marktplatz 1  
70173 Stuttgart

Postadresse:  
70161 Stuttgart

Telefon 0711 216-88234  
Fax 0711 216-60686  
E-Mail ob.buero@stuttgart.de

GZ: OB 2250

11. September 2013

bet.: 12. Sep. 2013

**Staatsschule für Gartenbau / Landwirtschaftliche Schule Hohenheim**

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Rust,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 16. August 2013 zur Staatsschule für Gartenbau / Landwirtschaftliche Schule in Stuttgart-Hohenheim.

In diesem Schreiben teilen Sie das Ergebnis der vom Land zwischenzeitlich durchgeführten Prüfung einer gemeinsamen Unterbringung der Staatsschule mit der Landwirtschaftlichen Schule gegen Kostenerstattung an die Stadt bzw. möglicher Alternativstandorte für die Staatsschule mit.

Mit Bedauern nehme ich zur Kenntnis, dass das Land ein gemeinsames Neubauprojekt in Hohenheim für nicht realisierbar hält. Die Stadt hätte eine Neubaulösung auf dem Grundstück des Landes gerne weiterverfolgt, um auch für die Landwirtschaftliche Schule die derzeitige Kooperation mit der Universität fortsetzen zu können.

Etwas verwundert habe ich den Satz gelesen, dass „in den wesentlichen Fragestellungen, wie der Schulträgerschaft sowie dem damit verbundenen Finanzierungskonzept samt Grundstücksüberlassung, keine Einigung erzielt werden konnte“. Die divergierenden Positionen von Land und Stadt zur Frage der Kos-

tenerstattung bei Übernahme der Schulträgerschaft und Grundstücksüberlassung wurden im März 2013 zwar in einem Arbeitspapier zur Kostenschätzung für den gemeinsamen Schulneubau gegenübergestellt, im Anschluss wurden mit der Stadt aber keine Verhandlungen zu diesen Positionen geführt oder Nachbesserungen an dem Angebot des Landes vorgenommen. Die Stadt hatte hierzu mehrfach um die Fortsetzung von Verhandlungsgesprächen gebeten.

Ihren Formulierungen entnehme ich, dass das Land an der getrennten Trägerschaft festhält, eine Verlagerung der Staatschule nach Heidelberg derzeit zwar nicht erfolgt, dies aber langfristig nicht ausgeschlossen werden kann. Daraus schließe ich nunmehr, das Land wünscht, dass die Stadt eine eigene Lösung weiterverfolgt.

Sollten diese Rückschlüsse nicht richtig sein, steht die Stadt Stuttgart weiterhin gerne für die Fortsetzung der Gespräche zur Verfügung.

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst und das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz erhält jeweils eine Mehrfertigung dieses Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen

(gez.)

Fritz Kuhn

-2.1 6.2

Referat Kultur Bildung und Sport					
Eing.: 28. AUG. 2013					
BR	ZK	ZST	HR	ZM2	ZA
BR	ZK	ZST	HR	ZM2	ZA

24.08. Baden-Württemberg  
 MINISTERIUM FÜR FINANZEN UND WIRTSCHAFT  
 DER STAATSEKRETÄR

Eing. L/DB: Aug. 2013		
OBM: 21. AUG. 2013		
ZU OB	bST	ZEr
ZK	BR	ZA

Ministerium für Finanzen und Wirtschaft  
 Baden-Württemberg • P.O. 14 53 • 70013 Stuttgart

Herrn Oberbürgermeister  
 Fritz Kuhn  
 Landeshauptstadt Stuttgart  
 Rathaus  
 Marktplatz 1  
 70173 Stuttgart

Landeshauptstadt Stuttgart	
Bürgermeisteramt	
Hauptakte	
Eing.: 19. AUG. 2013	
GZ: OB	2050
Beteiligt:	

Vg. angeht.

Stuttgart, 16. August 2013  
 Aktenzeichen 4-33ST/728

A. Z hat Kopie

(Bitte bei Antwort angeben!)

Staatsschule für Gartenbau / Landwirtschaftliche Schule in Stuttgart-Hohenheim

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 24. Juli 2013 an Herrn Minister Dr. Schmid. Er hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Bezug nehmend auf das gemeinsame Gespräch am 24. Juni 2013, in dem Sie Ihre Überlegungen zur Verlagerung der Landwirtschaftlichen Schule in die Innenstadt angekündigt haben, will ich Sie über den derzeitigen Sachstand auf Seiten des Landes informieren.

Nach eingehender Prüfung gehen wir davon aus, dass eine Einigung hinsichtlich der Trägerschaft mit der Stadt zu den Konditionen einer Übernahme nicht zustande kommen wird und es somit auch künftig bei der getrennten Trägerschaft bleibt.

Bzgl. möglicher Alternativstandorte hat die vom Land durchgeführte Prüfung zu keinem wirtschaftlich vertretbarem Ergebnis geführt. Eine Verlagerung der Staatsschule nach Heidelberg wird derzeit nicht weiter verfolgt, ist aber langfristig nicht ausgeschlossen.

Es erscheint aus heutiger Sicht sinnvoll, die räumliche Anbindung an die Universität beizubehalten. Die Staatsschule wird daher am Standort in Hohenheim bleiben. Ein gemeinsames Neubauvorhaben in Hohenheim erscheint unter den gegebenen diver-

- 2 -

gierenden Positionen als nicht realisierbar, da in den wesentlichen Fragestellungen, wie der Schulträgerschaft sowie dem damit verbundenen Finanzierungskonzept samt Grundstücksüberlassung, keine Einigkeit erzielt werden konnte.

Die zur Verfügung stehenden landeseigenen Flächen sollen nach und nach ertüchtigt werden.

Ausgehend von diesen grundsätzlichen Erwägungen wäre es für uns wichtig zu wissen, ob es bei dem von der Stadt beabsichtigten Umzug der Landwirtschaftlichen Schule in die Stadtmitte bleiben soll.

Für Gespräche zum weiteren Verfahren stehe ich Ihnen gerne jederzeit zur Verfügung.

Dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst und dem Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz werden Mehrfertigungen dieses Schreibens übermittelt.

Mit freundlichen Grüßen



Ingo Rust MdL